

Die Auf- und Absteiger in Bundesbern

Parteienbilanz – Teil 2 Ein Jahr vor den Wahlen: Das sind die vielversprechendsten Newcomer – und die Verlierer.

Anja Burri und Larissa Rhyn

In einem Jahr wählt die Schweiz ein neues Parlament. Zeit für eine Zwischenbilanz. Nach den heimlichen Helden, den schärfsten Konkurrenten, den grössten Erfolgen und herbsten Niederlagen im ersten Teil (Ausgabe von gestern) fragen wir im zweiten Teil: Wer konnte sich in den letzten drei Jahren im Bundeshaus durchsetzen, wer hat an Einfluss verloren? Und welche Partei muss die schmerzhaftesten Abgänge verkraften? Eingeflossen sind auch Einschätzungen von zwei bekannten Politikwissenschaftlerinnen: Sarah Bütikofer von GFS Bern und Rahel Freiburghaus von der Universität Lausanne.

Die Aufsteiger

— **Pascal Schmid, SVP-Nationalrat**



Der Thurgauer sitzt erst seit Dezember 2023 im Nationalrat und gehört bereits zu den führenden Stimmen in der Migrations-, EU- und Asylpolitik. Schnell wurde auch Pascal Schmid's Gegnern klar, weshalb die SVP ihr wichtiges Asylossier dem Neuling im Nationalrat anvertraut hat. Der ehemalige Präsident des Bezirksgerichts Weinfelden beherrscht dieses bis ins kleinste Detail, auch Politologin Sarah Bütikofer lobt ihn als dossierwert. Die neuen EU-Verträge wertet er nicht wie andere in seiner Partei pauschal ab, sondern er kann juristische Schwächen und Unklarheiten, die sich für die Steuerung der Zuwanderung ergeben, genau benennen. Schmid hat sich zum markantesten Gegenspieler von Asylminister Beat Jans entwickelt. Und er wird als möglicher Kandidat für die Nachfolge von Guy Parmelin gehandelt.

— **Gianna Luzio (Mitte), Bakom-Direktorin**

Die ambitionierte Mitte-Generalsekretärin war schon kurz nach den letzten nationalen Wahlen in einen heftigen parteiinternen Konflikt verwickelt. Er brachte nicht nur Kritik an Gianna Luzios Führungsstil an die Öffentlich-



keit, sondern zeigte, wie gespalten die Mitte-Partei trotz ihres neuen Namens nach wie vor ist: Auf der einen Seite die Modernisierer um Luzio und den damaligen Präsidenten Gerhard Pfister, die in den Städten Wähler gewinnen wollten. Auf der anderen Seite die konservativen Schwergewichte im Ständerat, die nicht bereit sind, sich einer Parteilinie zu unterwerfen. Auf dem Höhepunkt des Konflikts kündigte Luzio ihren Rücktritt an. Wenig später machte SVP-Bundesrat Albert Rösti sie zur neuen Direktorin des Bundesamts für Kommunikation. Nun ist sie für die neue SRG-Konzession zuständig. Inner drei Jahre von der Buhfrau der Mitte-Partei zum Spitzenjob in der Verwaltung – ein ziemlich steiler Aufstieg.

— **Sarah Wyss, SP-Nationalrätin**

Ihre zweite Amtszeit in Bern begann die ehemalige Basler Juso-Chefin mit einem prestigeträchtigen Amt: Als Präsidentin der Finanzkommission war sie omnipräsent in den harten Diskussionen ums Budget, um Armeegelder, die Sparkpakete und die Finanzierung der 13. AHV-Rente. Wyss erledigte den anspruchsvollen Job souverän und gehört mittlerweile zu den Schwergewichten der SP im National-



rat. Sie wurde in dieser Legislatur auch Mutter. Um möglichst nichts zu verpassen, nahm sie ihren Sohn schon nach wenigen Monaten mit ins Bundeshaus.

— **Bettina Balmer, Präsidentin FDP-Frauen**



Die Kinderchirurgin aus Zürich scheut sich nicht, Dinge anzupacken. Und sie nimmt kein Blatt vor den Mund. Zwei Jahre nach ihrer Wahl in den Nationalrat hat sie letztes Jahr das Präsidium der FDP-Frauen übernommen – als Nachfolgerin der neuen Partei-Co-Präsidentin Susanne Vincenz-Stauffacher. Sie kämpfte im Namen der bürgerlichen Frauen erfolgreich gegen die Volksinitiative «keine 10-Millionen-Schweiz» der SVP.

Pascal Schmid hat sich zum markantesten Gegenspieler von Asylminister Jans entwickelt.

— **Farah Rummy, SP-Nationalrätin**



Sie ist eine Newcomerin der Wahlen 2023, die parteiintern sehr schnell aufgestiegen ist: Farah Rummy wurde von der SP als zweite Vizepräsidentin des Nationalrats eingesetzt. Es ist also vorgespart, dass die Solothurnerin mit sri-lankischen Wurzeln in zwei Jahren die erste oberste Schweizerin mit Migrationshintergrund wird. Damit gehöre Rummy definitiv zu den Aufsteigerinnen der letzten drei Jahre, sagt Bütikofer.

Die Absteiger

— **Viola Amherd, Alt-Bundesrätin (Mitte)**

Im Nachhinein hat die Wut, mit der die damalige Bundesrätin Ende Februar 2025 sämtliche Armeeberichte auf den Tisch knallte, noch eine ganz andere Bedeutung. Wie die Öffentlichkeit inzwischen dank der Untersuchung der Geschäftsprüfungskommission weiss, war Viola Amherd schon damals klar, dass es keinen Fixpreis für den F-35-Kampfjet geben wird. Die erste Frau an der Spitze des Verteidigungsdepartements hatte zuvor mehrere Jahre lang darauf beharrt, dass keine Mehrkosten drohen würden. Amherds Ansehen als Bundesrätin hat seit ihrem Rücktritt stark gelitten. Sie wird nicht mehr primär als jene Verteidigungsministerin in die Geschichte eingehen, welche die Volksabstimmung über den Kauf neuer Kampfjets gewann. Sondern als jene Bundesrätin, unter der sich die Schweiz dem Irrglauben hingab, als einziges Land der Welt von den USA Spezialbedingungen für die F-35 zu erhalten.



— **Andreas Glarner, SVP-Nationalrat**



Der Aargauer Hardliner trieb die Öffentlichkeit jahrelang mit seinen Provokationen vor sich her («Stacheldraht um die Schweiz») und beherrschte das Spiel mit der Aufmerksamkeit. Doch in dieser Legislatur ist die Stimmung gekippt: Andreas Glarner verlor nicht nur das Asylossier innerhalb der SVP. Nachdem er eine Aargauer Mitte-Politikerin im Internet an den Pranger gestellt hatte, wurden selbst in der SVP Rücktrittsforderungen laut. Für das Erstellen eines Deepfake-Videos von Grünen-Nationalrätin Sibel Arslan wurde er verurteilt. Bevor er kürzlich per Ende 2026 seinen Rücktritt angekündigt hat, war Glarner nicht mehr wegen politischer Forderungen in den Schlagzeilen, sondern wegen seiner Nebentätigkeit als Thermomix-Berater.

— **Daniel Jositsch, parteieloser Ständerat**

Diese Trennung war nur noch eine Frage der Zeit. Nachdem die Zürcher SP im vergangenen Sommer entschieden hatte, dass Jositsch nicht mehr für den Ständerat nominiert werden kann, verliess er die Partei. Jetzt politisiert der Ständerat als Parteiloser. Nach den nächsten Wahlen, zu denen er antreten will, werde er eine neue Fraktion suchen,



sagte Jositsch, im Vordergrund stünden die Mitte oder die FDP. Mit seinen Auftritten in rechten Podcasts ging er jedoch eher in diesem Milieu auf Stimmenfang. Allerdings passt Jositsch längst in keine politische Schublade mehr: Aktuell setze er sich auch stark für die Interessen seines Kantons Zürich ein und politisiere bei den EU-Verträgen gegen die SVP, ergänzt Bütikofer.

— **Die Grünliberalen**

Zugegeben, das war keine einfache Ausgangslage für die Grünliberalen: Arg dezimiert mussten sie nach den letzten Wahlen in die neue Legislatur starten. Die Partei reagierte darauf – gar nicht. «Man nimmt die Grünliberalen kaum mehr wahr», sagt Rahel Freiburghaus. Die wenigen im Parlament verbliebenen Leute seien relativ blass geblie-

ben – selbst in diesem Hitzesommer, so die Politologin. Während Grünen-Präsidentin Lisa Mazzzone seit Monaten auf allen Kanälen präsent ist, hört man von GLP-Präsident Jürg Grossen (Bild) kaum etwas. Dabei wäre die Ausgangslage eigentlich perfekt: Die Gesellschaft dürstet nach vernünftigen, wirtschaftskompatiblen Lösungen, um den Klimawandel aufzuhalten.



— **Markus Ritter, Mitte-Nationalrat**

Markus Ritter scheiterte bei der Bundesratswahl krachend gegen Martin Pfister, einen (damals) fast unbekannten Regierungsrat aus Zug. Der geschickte Mehrheitsbeschaffer hat sich über die Jahre schlicht zu viele Feinde ge-



macht. Als Bauernpräsident ist Ritters Macht allerdings ungebrochen, so handelte er jüngst in der Parlamentsdebatte zum Mercosur-Abkommen 500 Millionen für die Landwirtschaft aus. Das sei als Comeback zu werten, findet Sarah Bütikofer. Allerdings könnte es ihn auch eine einflussreiche Partnerschaft kosten: die Geld-Gülle-Allianz mit den Wirtschaftsverbänden. Letztere fanden sein Powerplay gar nicht gut.

Die schmerzhaftesten Abgänge

— **Aline Trede, Balthasar Glättli und weitere Grüne**

Die Grünen kämpfen mit einem besonderen Phänomen: Ihre profiliertesten Köpfe haben das nationale Parlament verlassen, um in ihrem Kanton oder ihrer Stadt zu regieren. Aline Trede (Bild) ist Regierungsrätin in Bern geworden, Balthasar Glättli Stadtrat in

Viola Amherds Ansehen als Bundesrätin hat seit ihrem Rücktritt stark gelitten.

Zürich, Céline Vara Staatsrätin in Neuenburg, und Nicolas Walder Regierungsrat in Genf. Nun will auch die neue Fraktionschefin Greta Gysin Staatsrätin im Tessin werden. Aus der Sicht der faktischen Berufspolitikerinnen ist das verständlich – für die Partei ist es zumindest zweischneidig. Nach den Sitzverlusten von 2023 habe die Partei nun auf Bundesebene zusätzlich viel Erfahrung und institutionelles Wissen verloren, sagt Bütikofer.



chen Vorschlägen, die Grünen wieder stärker ins Gespräch zu bringen. Ob die Wirkung bis zu den Wahlen anhalte, sei fraglich, sagt Freiburghaus: «So zynisch es klingen mag, es wird noch einmal auf den nächsten Sommer ankommen.» Die Forschung zeige, dass Hitzereignisse höchstens eineinhalb Jahre nachhallten.



— **Nationalrätin Maja Riniker und Nationalrat Andri Silberschmidt, FDP**

Was die Grünen erlebten, droht in geringerem Ausmass bald auch der FDP. Mit der Aargauer Nationalrätin Maja Riniker und dem Zürcher Nationalrat Andri Silberschmidt kandidieren gleich zwei Aushängeschilder der Partei für Kantonsregierungen. Riniker profilierte sich als souveräne Nationalratspräsidentin, Silberschmidt gilt als grosser Hoffnungsträger der Freisinnigen für höhere Weihen.



Seit Pfisters Rücktritt fehlt es der Mitte an einer Person mit ähnlicher Aussenwirkung.

— **Gerhard Pfister, früherer Mitte-Präsident**



Er verpasste der CVP nicht nur einen neuen Namen, sondern dazu einen modernen Anstrich. Eloquent vertrat Mitte-Präsident Gerhard Pfister den neuen Kurs in vielen Interviews und in Mehrzweckhallen im ganzen Land. Um die neue Mitte auf Kurs zu bringen, führte Pfister straff und zuweilen auch schroff. Der Erfolg bei den Wahlen 2023 gab ihm recht, doch seit seinem Rücktritt fehlt es der Partei an einer Person mit ähnlicher Aussenwirkung. Bütikofer sagt, Pfisters Nachfolger Philipp Matthias Bregy sei als Fraktionschef beliebt gewesen, doch nun kämpfe er ausserhalb der Bundeshausmauern um Sichtbarkeit und Einfluss in den Kantonen. Schlagzeilen mache die Mitte zwar schon, einfach nicht mit ihrem Präsidenten, sondern aufgrund des konservativen Pfads, den ihre Ständeräte etwa in der Europadebatte eingeschlagen hätten.

— **Simon Stocker, Alt-SP-Ständerat**

Stocker war nur kurz Schaffhauser SP-Ständerat. Bütikofer erklärt: Er ist gescheitert an einem postmodernen Familienmodell – seine Partnerin und sein Kind wohnten in Zürich, wo er sich auch die meiste Zeit aufhielt, was ihn den Ständeratssitz kostete.



Und zwar vor allem aufgrund von gut organisiertem und vernetztem politischem Gegenwind. Sein vom Bundesgericht aberkannter Sitz ging bei der Neuwahl an die FDP. Für die SP ist das besonders schmerzhaft, weil sie dadurch im Ständerat noch stärker an Bedeutung verloren hat. Nach dem Parteiaustritt von Daniel Jositsch hält die zweitgrösste Partei nun nur noch sieben Sitze in der kleinen Kammer.

«Die Bank zeigte sich unerbittlich»: Wie die 64-jährige Beatrice H. zum Verkauf ihres Hauses gezwungen wurde

Weniger Lohn vor Pensionierung Wegen 30 Prozent Lohnneinbusse erfüllte eine Architektin die Tragbarkeitsregeln nicht mehr – ein Schicksal, das vielen Hypothekarnehmenden ab 50 droht.

30 Jahre lang lebte Beatrice H. (Name geändert) in ihrem Einfamilienhaus in Chêne-Bougeries GE, einer der reichsten Gemeinden der Schweiz. Auf Druck ihrer Bank musste die 64-jährige Architektin nun ihr Eigenheim verkaufen, obwohl sie eine langjährige Kundin war und bei der Zahlung der Hypothekarzinsen nie im Rückstand lag. Zum Verhängnis wurde der Hauseigentümerin eine Einkommenseinbusse wenige Jahre vor der Pensionierung.

Ihr Fall steht stellvertretend für ein Phänomen, das in der Schweiz neu ist. «Die Zürcher Bank, bei der ich meine Hypothek hatte, zeigte sich unerbittlich», erzählt die Genferin. Ihr Fall zeigt, wie schnell man im Alter mit dem Eigenheim in Schwierigkeiten geraten kann.

Die Architektin hatte die betreffende Villa mit sechs Schlafzimmern im Jahr 1998 für 1 Million Franken erworben. Diesen Sommer musste sie das Anwesen verkaufen – für 4 Millionen Franken. Ihre Belehnung lag mit einer Hypothek von 810'000 Franken bei nur 20 Prozent. Das Problem war jedoch nicht die Hypothek, sondern das Einkommen der Genferin, das in den letzten Jahren stark eingebrochen war: «Ein Kunde bezahlte seine Rechnungen nicht, und während der Pandemie musste ich mein Büro schliessen», erzählt sie.

Finma-Vorgaben wurden ihr zum Verhängnis

Früher verdiente Beatrice H. in ihrem Hauptberuf als Architektin 7000 Franken monatlich und erwirtschaftete zusätzlich etwa 9000 Franken mit der Vermietung von Zimmern auf Airbnb. «Einige Jahre vor der Pensionierung ist mein Einkommen um rund 30 Prozent zurückgegangen», sagt sie. Bis heute ist sie zusätzlich als Schadenexpertin für Versicherungen tätig.

Markant sinkende Einkünfte bei der Pensionierung

Ein Genfer Hypothekarexperte, der ebenfalls anonym bleiben will, erklärt die Hintergründe: Der Markt habe sich grundlegend verändert. Eine Liegenschaft, die im Jahr 2000 noch eine Million Franken wert gewesen sei, koste heute oft das Dreifache. Gleichzeitig sei die durchschnittliche Hypothekarschuld pro Haushalt von 500'000 Franken auf über eine Million gestiegen.

Heute erreichen viele Menschen das Rentenalter, die zwischen 2010 und 2015 eine Immobilie erworben haben. «Sie haben für das Eigenkapital oft ihr gesamtes Guthaben aus der zweiten Säule bezogen», erklärt der Experte. Mit der Pensionierung gehen die Einkünfte in der Regel schlagartig zurück: «Oft bleiben nur noch die AHV und ein bescheidener Rest der Pensionskasse übrig», hält er fest.

Der Experte zieht ein klares Fazit: «Ein Verschuldungsgrad, der mit einem Erwerbseinkommen noch tragbar war, erfüllt mit den Renteneinkünften die Vorgaben nicht mehr – der Kunde oder die Kundin gerät so in eine theoretische Überschuldung.

Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finma) macht Druck. «Die Unsicherheiten im Zusammenhang mit Immobilien und Hypotheken zählen für den Finanzplatz Schweiz nach wie vor zu den grössten Risiken», warnte die Finma im vergangenen Jahr. Sie verwies dabei besonders auf das Kreditausfallrisiko. Die Finma wirft den Banken vor, bei Hypothekarkrediten zu viele Ausnahmen (Exceptions to Policy, ETP) zu gewähren. Das bedeutet, dass sie weniger strenge Vergabekriterien



Strenge Finanzierungsregeln: Im Rentenalter können Eigenheimbesitzer unter Umständen ihre Hypothek nicht mehr tragen. Symbolfoto: Sabina Bobst

«Das Risiko von Zwangsverkäufen wird zunehmen.»

Genfer Hypothekarexperte

Finma-Regeln: UBS und Raiffeisen nehmen Stellung

Die Grossbanken verweisen auf die Finma-Richtlinien und geben Entwarnung. UBS-Sprecherin Anne-Caroline Dunphy erklärt die Vorgehensweise: «In den seltenen Fällen, in denen die Tragbarkeitsregeln bei der Pensionierung nicht eingehalten werden können, suchen wir gemeinsam mit unseren Kundinnen und Kunden nach einer individuellen Lösung.»

Ähnlich äussert sich Raiffeisen. Sprecherin Iris Leroy-Gabella erklärt: «Raiffeisen Schweiz ist kein Fall bekannt, bei dem ein Hypothekarkredit einzig aufgrund eines Einkommensrückgangs bei der Pensionierung hätte gekündigt werden müssen.» Die zweitgrösste Hypothekarbank der Schweiz setzt auf Prävention: «Um Kundinnen und Kunden frühzeitig für ihre finanzielle Situation im Ruhestand zu sensibilisieren, prüft Raiffeisen bereits ab dem 50. Altersjahr die Tragbarkeit einer solchen Finanzierung für die Zeit nach der Pensionierung.»

Alexandre Uldry beobachtet diese Entwicklung aufmerksam. Der Eigentümer der Westschweizer Tankstellenkette Jubin Frères, die ein Netz von über 100 Tankstellen führt, baut zurzeit Seniorennachwuchs in der Romanche. Er macht sich Sorgen um die Babyboomer-Generation und be-

zeichnen den Einkommensrückgang von 30 bis 40 Prozent bei der Pensionierung als «Fall». Im Hinblick auf die kommenden zehn Jahre, in denen in der Schweiz mehr als 500'000 Personen pensioniert werden, sagt er: «Zwangsverkäufe dürften sich dann häufen.»

Immobilienmarkt unter Druck: Droht Preiszerfall?

Sollten künftig immer mehr Personen ihr Eigenheim zeitgleich verkaufen müssen, würde der Immobilienmarkt unter Druck geraten. «Die Immobilienpreise könnten um 20 bis 30 Prozent fallen», befürchtet Uldry. Besonders exponiert seien die grossen Agglomerationen, «weil dort die Diskrepanz zwischen Immobilienpreisen und Löhnen besonders ausgeprägt ist». Auch kritisiert er das Schweizer Modell, weil hierzulande keine vollständige Rückzahlung der Hypothekarschuld verlangt wird. Er rät dazu, bereits ab dem 55. Altersjahr verstärkt zu amortisieren, um sich rechtzeitig abzuschern. Für Beatrice H. kommt dieser Rat jedoch zu spät.

Der Verkauf ihres Eigenheims kommt die Architektin inzwischen teuer zu stehen: Als Mieterin zahlt sie heute für die Miete mehr als früher für ihre Hypothek. Sie wies auch ihre Bank auf diese Absurdität hin. Die Genferin hätte das Verfahren zwar auf dem Rechtsweg über Jahre hinausziehen können, doch um sich dem Druck der Bank nicht länger aussetzen, entschied sie sich für den Verkauf. Der Abschied von ihrem Haus, das voller Erinnerungen an ihre Familie war, fiel ihr extrem schwer.

Nicolas Pinguely

Aus dem Französischen übersetzt von Yolanda Di Mambro